

Festival des Populismus

Nach den Präsidentschaftswahlen in der Slowakei

Kai-Olaf Lang

Die Präsidentschaftswahlen in der Slowakei endeten mit dem Sieg des umstrittenen früheren Parlamentspräsidenten Ivan Gašparovič. Er setzte sich in der Stichwahl am 17. April gegen Ex-Premierminister Vladimír Mečiar durch, seinen früheren Weggefährten. Beide Politiker waren maßgeblich dafür verantwortlich, daß ihr Land in den neunziger Jahren international ins Abseits geriet. Für die Mitte-Rechts-Koalition von Premier Mikuláš Dzurinda ist das Ergebnis ein Warnsignal, da Gašparovič von der gegenwärtig dynamischsten Oppositionskraft, der populistischen Partei Smer (Die Richtung), unterstützt wird und sich somit ein neue Achse in der slowakischen Politik abzeichnet. Der Wahlausgang ist zugleich ein Mahnruf für die erweiterte Europäische Union. Er steht exemplarisch dafür, daß populistische Gruppierungen und Politiker gerade in den Beitrittsländern mehrheitsfähig sein können. Radikale Politiker in Ostmitteleuropa könnten nun Morgenluft wittern. Die Wahrscheinlichkeit ist größer geworden, daß in der EU über den Umgang mit Mitgliedstaaten diskutiert werden muß, in denen radikale, populistische oder europaskeptische Parteien Regierungsverantwortung innehaben.

Die Slowakei hat sich durch eine entschlossene wirtschaftliche Reformpolitik in den vergangenen Jahren ein positives Image erworben. Daran kratzt die bevorstehende Neubesetzung des höchsten Amtes im Staate durch einen Politiker, der in der Vergangenheit zu einem konfrontativen und populistischen Politikaustrag geneigt hat. Daran kratzen aber auch ungelöste soziale Probleme und zahlreiche Skandale, in die die amtierende Regierungskoalition verwickelt ist.

Die Ergebnisse

Der eigentliche Paukenschlag der slowakischen Präsidentschaftswahlen war der Ausgang der ersten Runde am 4. April:

1. Vladimír Mečiar erzielte als stimmenstärkster Kandidat ein Drittel der abgegebenen Stimmen.
2. Ivan Gašparovič landete unerwartet auf dem zweiten Platz und qualifizierte sich somit für die Stichwahl.
3. Eduard Kukan, der von der Partei Premierminister Dzurindas, der Slowakischen Demokratischen und Christlichen Union (SDKÚ), und der liberalen Regierungspartei ANO unterstützt wurde, ver-

- fehlte unerwartet den Einzug in die zweite Runde.
4. Amtsinhaber Rudolf Schuster blieb weit hinter den Erwartungen zurück und konnte lediglich jeden fünfzehnten Wähler von sich überzeugen.
 5. Die Wahlbeteiligung war mit 48% deutlich geringer als bei den Präsidentschaftswahlen von 1999 und den Parlamentswahlen von 2002.

Tabelle 1
Ergebnis des ersten Wahlgangs, 4.4.2004

Kandidat	Stimmenanteil (in %)
Vladimír Mečiar	32,7
Ivan Gašparovič	22,3
Eduard Kukan	22,1
Rudolf Schuster	7,4
František Mikloško	6,5
Martin Bútora	6,5
Sonstige	2,4

Wahlbeteiligung 47,9%.

Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen konnte, wurde eine Stichwahl zwischen Mečiar und Gašparovič erforderlich. Der Ausgang der ersten Runde rief in der Slowakei Erstaunen, Ratlosigkeit, ja Entsetzen hervor. Denn in Anbetracht der Umfrageergebnisse hatte man erwartet, daß Eduard Kukan sicher in die zweite Runde vorstoßen würde, in der er dann als kleineres Übel einen Konkurrenten wie Vladimír Mečiar mühelos aus dem Feld geschlagen hätte. Nach dem ersten Wahlgang hatte sich somit aus Sicht vieler Bürger eine Situation ergeben, in der man zwischen Skylla und Charybdis zu wählen hatte. Die Regierungsparteien riefen ihre Anhänger dazu auf, in der zweiten Runde nicht zu den Wahlen zu gehen, und gaben keine Wahlempfehlung ab.

Die Stichwahl am 17. April endete mit einem unerwartet klaren Sieg Ivan Gašparovičs. Sein Erfolg dürfte vor allem vier Faktoren zuzuschreiben sein:

- ▶ Mečiar (und seine Partei, die Bewegung für eine Demokratische Slowakei, HZDS)

verfügt über eine ansehnliche und stabile Kernanhängerschaft, doch ist er nicht in der Lage, mehr als 35 bis 40% der Wähler zu mobilisieren.

Tabelle 2
Ergebnis des zweiten Wahlgangs, 17.4.2004

Kandidat	Stimmenanteil (in %)
Ivan Gašparovič	59,9
Vladimír Mečiar	40,1

Wahlbeteiligung 43,5%.

- ▶ Gašparovič profilierte sich als Kandidat mit einer sozialen Ader und appellierte damit erfolgreich an die große Masse derjenigen Slowaken, die Korrekturen an der harten Reformpolitik der jetzigen Regierung fordern. »Ich bin für Reformen, doch ich bin nicht für Armut«, formulierte Gašparovič sein sozialpolitisches Credo unmittelbar vor der zweiten Runde.
- ▶ Gašparovič profitierte von der Unterstützung Smers, der gegenwärtig populärsten Oppositionsgruppierung. Obwohl Smer einen »fruchtbaren Dialog mit typischen Vertretern des sogenannten Dritten Wegs oder der Neuen Mitte« anstrebt und Kontakte zu sozialdemokratischen Parteien in Europa aufbaut, hatte der Smer-Vorsitzende Robert Fico weder Berührungsängste noch Bedenken wegen der Vergangenheit Gašparovičs. Für Fico ist Gašparovič vielmehr ein »erfahrener Staatsmann und Patriot«.
- ▶ Offensichtlich war Gašparovič doch ein kleineres Übel als der für viele Wähler gänzlich diskreditierte Mečiar. Anders als dieser distanzierte sich Gašparovič zumindest von einigen schweren Fehlern, die er begangen hatte, als er in den neunziger Jahren Parlamentspräsident war. Gleichzeitig betonte er, niemals dem inneren Machtzirkel der HZDS angehört zu haben und daher lediglich begrenzt dafür verantwortlich zu sein, was etwa zwischen 1994 und 1998 geschah. Vielsagend ist in diesem Kontext auch die Wahlbeteiligung, die in der

zweiten Runde 43,5% betrug und somit kaum hinter der Beteiligung am ersten Wahlgang zurückblieb. Auch viele Anhänger der Regierungsparteien gingen folglich am 17. April zur Wahl, um einen Sieg Mečiar zu verhindern.

Hinter Gašparovič sammelte sich eine bunte Mischung von Wählergruppen: linke Protestwähler diverser Couleur, von denen sich ein Großteil bei den letzten Präsidentschaftswahlen noch zu Rudolf Schuster hingezogen gefühlt haben dürfte, ehemalige Anhänger der sozialdemokratischen Linkspartei, Wähler der kommunistischen Partei und vor allem Sympathisanten der Smer von Robert Fico. Hinzu kamen die Sympathisanten des national-populistischen Bündnisses, das Gašparovičs Kandidatur lancierte: enttäuschte HZDS-Anhänger und die harten Nationalisten, also die Gefolgsleute der chauvinistischen Nationalpartei SNS. In der zweiten Runde votierten schließlich noch solche Wähler für Gašparovič, die diesem trotz Bauchschmerzen gegenüber Mečiar den Vorzug gaben.

Sieger

Neben Ivan Gašparovič, dem es gelang, in kurzer Zeit vom erfolglosen Mečiar-Abtrünnigen zum Inhaber des höchsten Staatsamtes zu werden, ist in erster Linie Robert Fico mit seiner Smer der große Sieger der Präsidentschaftswahlen 2004. Fico hat mit Gašparovič nun seinen Mann im Präsidentsesssel. Zwar ist Gašparovič nicht abhängig von Fico, doch wird ihm daran gelegen sein, seinen Mentor in dessen Kampf gegen die Regierungskoalition zu unterstützen. Angenehm muß für den Vorsitzenden der stärksten Oppositionspartei der Gedanke sein, daß es ein ihm nahestehender Politiker sein wird, der nach den nächsten Parlamentswahlen den Regierungschef nominieren wird.

Als positiv kann Fico auch verbuchen, daß aufgrund seiner Unterstützung Gašparovičs der Hauptexponent der jetzigen Regierungskoalition, Eduard Kukan, aus dem Rennen flog und Premier Dzurinda

eine Schlappe erlitt. Von Nutzen könnte sich für Fico zudem erweisen, wenn das hinter Gašparovič stehende Bündnis nach dem Wahlerfolg eine Stärkung erfahren würde. Sollten eine oder mehrere der »Gašparovič-Gruppierungen« (sei es das Bündnis an sich, seine eigene Partei HZD, eine Fusion aus HZD mit anderen Anti-Mečiar-Dissidenten, aber auch die Nationalisten) im nächsten Parlament vertreten sein, hat Fico potentielle Bündnispartner für eine künftige Regierungskoalition.

Der vielleicht wichtigste Erfolg Ficos ist es indes, Vladimír Mečiar und der HZDS eine Niederlage zugefügt zu haben. Fico hat bewiesen, daß er mit seiner Partei die dominierende Oppositionskraft ist. Dies wurde möglich, weil er durch Unterstützung Gašparovičs eine starke Alternative sowohl zu Mečiar als auch zum Regierungslager aufbaute. Mehr noch: Gašparovičs Triumph löste abermals Debatten in der HZDS über die Person Mečiar und die strategische Ausrichtung der Partei aus. Fico konnte also zumindest ansatzweise einen Keil in die HZDS treiben. Daß es ihm am 4. April aufgrund einer geringen Wahlbeteiligung nicht gelungen war, bei einem Referendum über vorgezogene Neuwahlen zu reüssieren, wird angesichts der sonstigen Erfolge für Smer bald vergessen sein. Zumal Smer bei den im Juni anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament vermutlich ein weiteres Mal obsiegen wird.

Verlierer

Der große Verlierer der Wahlen ist Außenminister Kukan und mit ihm sein Parteifreund, Regierungschef Dzurinda. Kukan galt vor dem ersten Wahlgang als aussichtsreichster Kandidat für das Präsidentenamt. Daß er nicht einmal den Einzug in die zweite Runde schaffte (ihm fehlten gerade einmal 3600 Stimmen), war die eigentliche Sensation der Wahlen.

Kukan bekam mit voller Wucht die Frustration der Wähler über die Regierung und die Politik Premier Dzurindas zu spüren. Die harte Reformpolitik der Regie-

zung, eine trotz Zustrom von Auslandsinvestitionen hohe Arbeitslosenquote sowie zahlreiche Skandale, in die offensichtlich insbesondere Kukans regierende SDKÚ verstrickt ist, minderten die Chancen Kukans erheblich.

Verheerend wirkte sich der Umstand aus, daß sich die Gruppierungen der rechten Mitte nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen konnten. Mit Kukan, dem Christdemokraten Mikloško und dem als Unabhängiger firmierenden früheren slowakischen Botschafter in Washington, Bútora, verteilten sich die Stimmen des konservativ-liberalen Milieus auf drei Kandidaten. Obwohl dieses Segment des politischen Spektrums bei den Wahlen auf einen Stimmenanteil von etwa 35% kam, vermochte es keiner der konservativen oder liberal-konservativen Bewerber, in die zweite Runde vorzustoßen. Die traditionelle Zersplitterung der konservativen Kräfte hat wie in den vergangenen 15 Jahren dazu geführt, daß das national-populistische Lager bei Wahlen den Sieg davontragen konnte. Die letzten Parlamentswahlen stellten lediglich eine Ausnahme dar, die diese Regel bestätigte.

Ob die niedrige Wahlbeteiligung Kukan, wie in den ersten Kommentaren vielfach behauptet wurde, wirklich geschadet und Mečiar bzw. Gašparovič genutzt hat, darf bezweifelt werden. Denn in den Wahlkreisen, in denen die Beteiligung besonders gering war, lagen Vladimír Mečiar's Ergebnisse deutlich hinter jenen in den weniger wahlmüden Bezirken zurück (dies gilt auch für Gašparovič). Bei Eduard Kukan verhält es sich umgekehrt. Möglicherweise hätte also eine höhere Wahlbeteiligung Mečiar und Gašparovič zu einem noch deutlicheren Sieg verholfen.

Schwach schnitt auch Amtsinhaber Schuster ab. Er hatte darauf gesetzt, durch scharfe Kritik an der Reformpolitik der Regierung Anklang vor allem unter »sozialen« Protestwählern zu finden. Dieses Kalkül ging nicht auf. Möglicherweise hat Schuster durch sein langes Zögern, ob er überhaupt an den Wahlen teilnehmen soll,

seine Kampagne von Anfang an beeinträchtigt. Ungünstig wirkte sich sicherlich auch die fehlende Unterstützung einer relevanten politischen Kraft aus. Schusters natürlicher Partner wäre eigentlich Robert Ficos Smer gewesen. Immerhin hatte Schuster der Regierung mehrfach ähnlich wie Fico vor allem eine übermäßige soziale Härte vorgehalten. Doch Fico entschied sich letztlich für Gašparovič, wodurch er – wie sich zeigte mit Erfolg – Vladimír Mečiar schwächte, seinen Hauptkonkurrenten in der Opposition. Mehrere Umfragen wiesen aus, daß Schusters Popularität immer dann einbrach, wenn Gašparovič's Werte stiegen. Nur in seiner alten Heimat, in Kaschau und der Ostslowakei, sowie in einigen südslowakischen Bezirken, in denen die ungarische Minderheit lebt, konnte sich Schuster verhältnismäßig gut in Szene setzen.

... und die HZDS?

Der HZDS wurde abermals ihr fundamentales Strukturproblem vor Augen geführt: Mit Vladimír Mečiar kann sie relative Mehrheiten einfahren, aber keine Wahlen gewinnen. Mit ihm als Vorsitzendem ist die Partei weitgehend isoliert und von der Teilhabe an Regierungsverantwortung weit entfernt. Als Staatspräsident hätte Vladimír Mečiar die Chance gehabt, sich durch eine konstruktive »Kohabitation« mit Premier Dzurinda an die Regierungskoalition anzunähern und sich und die HZDS salonfähig zu machen. Die Möglichkeit, mit der Koalition zumindest punktuell zusammenzuarbeiten, wird nach dem Mißerfolg des zweiten Wahlgangs in der Partei jedoch offen in Frage gestellt. Während Mečiar sich gegen eine Kooperation mit seinem Erzrivalen Fico wendet und dem »Verräter« Gašparovič nicht einmal zum Sieg gratulierte, gaben mehrere führende HZDS-Politiker zu verstehen, daß ihnen an einem guten Verhältnis zum neuen Präsidenten gelegen ist und sie Kontakte mit der Smer nicht ausschließen. Fico heizt solche innerparteilichen Debatten in der HZDS mit Erklärungen an wie: einer Kooperation

mit der HZDS stehe aus Sicht der Smer nun nichts mehr im Wege.

Trotz alledem ist es unwahrscheinlich, daß es als Folgewirkung des Wahlausgangs in der HZDS zu größeren Auseinandersetzungen oder gar zu einer Revolte gegen Mečiar kommt. Möglicherweise werden aber, wie in der Vergangenheit schon mehrfach geschehen, Mečiar-verdrossene Parteimitglieder oder Abgeordnete die Partei verlassen und in das Fico-Gašparovič-Lager überwechseln.

Perspektiven

Der unerwartete Erfolg eines Politikers, der in der jüngsten Vergangenheit als Parlamentspräsident dafür mitverantwortlich war, daß elementare rechtsstaatliche und demokratische Standards mißachtet wurden, ist in der Slowakei und in der Europäischen Union mit Unbehagen aufgenommen worden. Zweifellos wird der Ausgang der Präsidentschaftswahlen in der Slowakei nicht ohne Folgen bleiben. Diese sollten weder überdramatisiert noch bagatellisiert werden.

1. Limitierte Kompetenzen

Der slowakische Staatspräsident besitzt keine übermäßig großen Kompetenzen. In der Amtsperiode Rudolf Schusters wie auch in der seines Vorgängers Kováč, der das Präsidentenamt zu einem Bollwerk gegen Mečiar's allumfassende Subordinationsversuche ausbaute, zeigte sich eines ganz klar: Das Staatsoberhaupt kann zwar Sand in das Getriebe der Regierung streuen, sie aber nicht außer Funktion setzen.

Allerdings kann der Staatspräsident nicht zuletzt bei der Besetzung wichtiger Staatsämter mitreden. Er ernennt zum Beispiel die Mitglieder des Verfassungsgerichtes oder den Generalstaatsanwalt. Außerdem ist er Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Unangenehm könnte sich für die fragile Minderheitsregierung von Mikuláš Dzurinda das Recht des Staatsoberhauptes auswirken, ein Veto gegen

Gesetze einzulegen. Denn ein solches Veto kann lediglich durch eine absolute Stimmenmehrheit im Parlament neutralisiert werden. Zunächst dürfte sich jedoch insofern relativ wenig ändern, als die Regierung es auch schon bisher mit einem Präsidenten zu tun hatte, der ihr (mit Ausnahme der außenpolitischen Ziele) nicht unbedingt wohlgesonnen war.

2. Fortexistenz der labilen Regierungskoalition

Angesichts einer sich abzeichnenden Achse Fico-Gašparovič werden die Koalitionsparteien den Schulterschuß suchen. Der Druck auf Premier Dzurinda könnte indes wachsen, Kurskorrekturen vorzunehmen und eventuell Regierungsämter umzubersetzen. Dzurinda's Stuhl wackelt jedenfalls nicht. Nachdem ihm seine Partei das Vertrauen ausgesprochen hat, besteht aus seiner Sicht kein Grund, persönliche Konsequenzen zu ziehen. Daran ändern auch Äußerungen wie die des Vorsitzenden der Ungarischen Koalitionspartei SMK, Bugár, nichts, der einen Rücktritt Dzurinda's forderte. Keine der Gruppierungen der Regierungskoalition ist gegenwärtig an Neuwahlen interessiert, da sie dabei entweder massive Einbußen erleiden würden bzw. sich in der Opposition wiederfinden könnten. Erwartet werden darf allerdings, daß die Koalitionspartner auf eine härtere Gangart umschalten. Möglich ist etwa, daß Premier Dzurinda in Anbetracht seiner schwachen Notierungen und des Erfolgs der Populisten versuchen wird, sich und seiner Partei einen patriotischeren Anstrich zu geben.

3. Gašparovič: ein unbequemer Präsident für Dzurinda

Wahrscheinlich wäre ein Präsident Mečiar ein angenehmerer Partner für Dzurinda gewesen. Mečiar hätte versucht, sich und seine Partei zu normalisieren und die politische Quarantäne zu überwinden – innenpolitisch wie auf internationaler

Ebene. Deswegen wäre er vermutlich flexibel und kooperativ gegenüber der Regierung Dzurinda aufgetreten. Dagegen könnte Gašparovič danach trachten, der Regierungskoalition das Leben so schwer wie möglich zu machen. Gašparovič dürfte zunächst bemüht sein, sich national wie international als seriöser Staatspräsident zu profilieren. Daher wird er kurzfristig keine übertriebenen Konflikte in Bratislava heraufbeschwören. Nach einiger Zeit könnte er sich aber auf ein strategisches Bündnis mit der Opposition einlassen, so daß für Dzurinda mittelfristig die Gefahr eines Sperrfeuers aus dem Präsidentspalast nicht auszuschließen ist.

4. Außenpolitische Folgen

Der neue Staatspräsident ist weder in der Lage noch willens, eine Kehrtwende in der Außenpolitik zu vollziehen. Die Außenpolitik wird in der Slowakei zuallererst von der reformorientierten Regierung gestaltet, die von Anfang an dezidiert für EU- und Nato-Mitgliedschaft und ein enges Verhältnis zu den Vereinigten Staaten eintrat. Ebenso besteht im Parlament nach wie vor eine klare Mehrheit derjenigen Kräfte, die sich in der Vergangenheit für beide Mitgliedschaften ausgesprochen haben. Dasselbe gilt für Ivan Gašparovič. Wenn er erklärt, er sei für einen Verbleib des slowakischen Kontingents im Irak, so dient dies dazu, sowohl Kontinuität nach außen zu demonstrieren als auch Bedenken in den USA gegenüber seiner Person abzubauen. In dieselbe Richtung weist seine Äußerung, er halte es nicht für notwendig, in der Slowakei ein Referendum über die EU-Verfassung abzuhalten.

Allerdings befinden sich in der Konföderation der Nationalen Kräfte der Slowakei (KNSS), die Gašparovičs Kandidatur promovierte, auch radikale Nationalisten, die sich vor allem gegen eine Nato-Mitgliedschaft gewandt haben. Die KNSS orientiert sich auf europäischer Ebene an der europaskeptischen Union für ein Europa der Nationen. In diesem Kontext sollte nicht vergessen

werden, daß das Staatsoberhaupt internationale Verträge ratifiziert und somit auch bei der Inkraftsetzung eines europäischen Verfassungsvertrags mitreden wird. Voraussichtlich wird Gašparovič aber sowohl in der Europapolitik als auch in der Nato-Frage der Politik der Regierung keine Steine in den Weg legen wollen. Er würde in der sensiblen Anfangsphase seiner Amtszeit zu viel außen- und innenpolitischen Gegenwind riskieren.

Präsident Gašparovič wird sicherlich versuchen, die Kontakte seines Landes nach Osten, etwa in die Ukraine oder nach Rußland, zu intensivieren. Und das allein schon deswegen, weil er dort nicht mit Vorbehalten zu rechnen hat, die aus seiner politischen Biographie erwachsen.

Im Visegrád-Rahmen werden die Beziehungen zur Tschechischen Republik zwar keine hervorgehobene Rolle spielen, Prag wird aber zweifellos unkompliziert mit Gašparovič umgehen. Immerhin haben sowohl der tschechische Präsident Klaus als auch sein Vorgänger Havel Gašparovič umgehend zu seinem Wahlsieg gratuliert. Gašparovič hatte bereits vor der Wahl erklärt, sein erster Auslandsbesuch werde ihn in die Tschechische Republik führen.

Schatten könnte indes auf die slowakisch-ungarischen Beziehungen fallen. Zumindest dann, wenn Gašparovič in Anlehnung an einige seiner Unterstützer verbale Giftpfeile in Richtung ungarische Minderheit oder gar Budapest abschießen sollte. Nicht nur die Nationalisten, auch die Smer läßt in diesem Zusammenhang immer wieder aufhorchen, wenn sie etwa vorgibt, das »wirkliche, nationalistische Gesicht« der Ungarischen Koalitionspartei zu enthüllen, oder wenn sie die angeblich reale Gefahr einer »extremistischen ungarischen Politik« beschwört.

Wolf im Schafspelz oder reuiger Sünder?

Wie sollten die europäischen Partner mit dem neuen Präsidenten der Slowakei umgehen? Ivan Gašparovič ist mitverant-

wortlich für die Fehlentwicklungen der Slowakei in den neunziger Jahren. Immerhin: Er hat ansatzweise Selbstkritik geübt und Fehler eingestanden. Jedoch ist nicht klar, ob er sich damit nur aus taktischen Gründen aus der Verantwortung stehlen wollte. Insofern muß Gašparovič erst noch den Beweis erbringen, daß er einen echten Neubeginn will.

Neben der Aufarbeitung des Mečiarismus wird sich die Beurteilung Gašparovičs an seiner programmatischen Positionierung bzw. an seinen Bündnispartnern orientieren. Gašparovič hat kein eindeutiges ideologisches Profil. Er fühlt sich zwar der linken Mitte zugehörig. Dies hindert ihn aber nicht daran, auch mit der extremen Rechten zu kooperieren. Dem Verhältnis des neuen slowakischen Staatspräsidenten zu den radikalen Nationalisten wird insofern besondere Aufmerksamkeit zu widmen sein. Bisher bemühte sich Gašparovič vor allem um einen differenzierenden Blick auf die Nationalisten. So lobte er unter anderem die Verdienste des Bürgermeisters der Stadt Žilina und Vorsitzenden einer der nationalistischen Parteien, der durch seine Politik dazu beigetragen habe, daß der südkoreanische Autokonzern Hyundai in der Slowakei investiere. Es bleibt indes abzuwarten, ob Gašparovič sich auch von den Entgleisungen und Ausfällen nationalistischer Politiker gegen die ungarische Minderheit oder die slowakischen Roma abgrenzt.

Die europäischen Partner der Slowakei werden gut daran tun, dem neuen Staatsoberhaupt zunächst mit Zurückhaltung zu begegnen und plakative bilaterale Zusammenkünfte vorerst zu meiden. Ein allzu eilfertiges Hinwegsehen über alte Sünden würde es anderen Populisten in Ostmitteleuropa erleichtern, sich innenpolitisch als normale Kräfte zu profilieren, und ihre Wahlchancen verbessern. Allerdings sollte Gašparovič nicht dauerhaft mit einem Embargo belegt werden. Sofern er eine redliche Vergangenheitsbewältigung anstrebt, sich an die europarechtlich sanktionierten Spielregeln von Demokratie und Rechts-

staatlichkeit hält und auf Distanz zu den Ultranationalisten geht, sollte er graduell eingebunden werden. Der eigentliche Test für Gašparovičs Wandlungsfähigkeit, aber auch der Testfall für die EU wird erst dann eintreten, wenn sich nach den nächsten Parlamentswahlen neue Mehrheitsverhältnisse ergeben und sich der Staatspräsident veranlaßt sähe, populistischen Parteien zu sekundieren.

Unmittelbar vor der Erweiterung der Europäischen Union sind die slowakischen Präsidentschaftswahlen auch ein Mahnruf. Die Konstellation aus enttäuschten Wählern, zersplitterten Parteiensystemen und dynamischen populistischen Bewegungen kann in manchen Beitrittsländern radikalen Politikern den Weg zur Macht ebnen. Die EU und ihre Mitgliedsländer sollten sich rasch darauf verständigen, wie sie in derartigen Situationen reagieren wollen, wobei eine dem Einzelfall gerecht werdende und von allen europäischen Partnern annehmbare Vorgehensweise notwendig sein wird. Nicht alle mit dem Etikett »Populist« behafteten Politiker dürfen über einen Kamm geschoren werden. Ihre Positionen, ihre ideologischen Bezugspunkte und gegebenenfalls ihre Veränderungsfähigkeit sollten frühzeitig beachtet und in Rechnung gestellt werden.

Gleichzeitig sollte auf diejenigen politischen Gruppierungen und Politiker eingewirkt werden, die mit radikalen Parteien zusammenarbeiten. Im Falle der Slowakei etwa müßten die europäischen Partner der Partei Smer intensiv darüber zu diskutieren beginnen, weswegen sich diese Partei für Gašparovič einsetzte und sich damit auch in die Nähe der extremen Nationalisten begab. Immerhin steht Smer in einem Nahverhältnis zur Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE): Bisher waren die beiden als Beobachter im Europäischen Parlament präsenten Smer-Politiker Fico und Beňová mit der sozialdemokratischen Fraktion liiert, und auch nach dem EU-Beitritt wollen die Smer-Abgeordneten dieser Fraktion – dann als Mitglieder – treu bleiben. Nachdem die beiden offiziellen slowaki-

schen SPE-Mitgliedsparteien bei den letzten Parlamentswahlen gescheitert sind, trachtet Smer langfristig danach, das entstandene Vakuum im sozialdemokratischen Segment der politischen Landschaft der Slowakei zu füllen. Solange die Partei sich jedoch mit Radikalen arrangiert und solange sie mit nationalistisch eingefärbten Parolen gegen nationale Minderheiten wie Roma oder Ungarn auf Stimmenfang geht oder unverhohlene Euroskepsis an den Tag legt, sollten ihr internationale Gütesiegel verwehrt bleiben.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2004
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364